

Friedhofssatzung der Gemeinde Uder

Auf Grund der §§ 19 Abs. 1, 21 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) sowie § 33 des Thüringer Bestattungsgesetzes (ThürBestG) vom 19. Mai 2004 (GVBl. S. 505), zuletzt geändert durch Artikel 25 des Gesetzes vom 6. Juni 2018 (GVBl. S. 229, 266) hat der Gemeinderat der Gemeinde Uder in seiner Sitzung am 26. November 2018 die folgende Friedhofssatzung beschlossen:

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Geltungsbereich

Diese Friedhofssatzung gilt für folgende im Gebiet der Gemeinde Uder mit dem Ortsteil Schönau gelegenen und von ihr verwalteten Friedhöfe:

- a) Friedhof Uder
- b) Friedhof Schönau.

§ 2 Friedhofzweck

- (1) Die Friedhöfe sind eine Einrichtung der Gemeinde, die den Verstorbenen als würdige Ruhestätte und der Pflege ihres Andenkens gewidmet sind.
- (2) Die Friedhöfe dienen der Bestattung aller Personen, die
 1. bei ihrem Ableben ihren Hauptwohnsitz in der Gemeinde hatten, oder
 2. ein Recht auf Benutzung einer Grabstätte auf den Friedhöfen hatten, oder
 3. keinen festen Wohnsitz hatten oder deren letzter Wohnsitz unbekannt ist und innerhalb des Gemeindegebietes verstorben sind,
 4. überwiegend ihren Hauptwohnsitz zu Lebzeiten in der Gemeinde hatten.Die Bestattung derjenigen Personen, die bei ihrem Ableben Einwohner der Gemeinde waren, erfolgt in der Regel auf dem Friedhof des Ortsteils, in dem sie zuletzt ihren Wohnsitz hatten, soweit die gewünschte Art von Grabstätte vorhanden ist.
- (3) Die Bestattung anderer Personen bedarf der vorherigen Zustimmung der Gemeinde Uder. Ein Rechtsanspruch auf Erteilung der Zustimmung besteht nicht.

§ 3

Schließung und Entwidmung

- (1) Die Friedhöfe oder Friedhofsteile können aus wichtigem öffentlichem Grund für weitere Bestattungen, Bestattungs- oder Grabstättenarten gesperrt (Schließung) oder einer anderen Verwendung (Entwidmung) zugeführt werden.
- (2) Durch die Schließung wird die Möglichkeit weiterer Bestattungen ausgeschlossen.
- (3) Durch die Entwidmung geht die Eigenschaft der Friedhöfe als Ruhestätte der Toten verloren. Die Entwidmung ist erst mit Wirkung von dem Zeitpunkt an zulässig, zu dem sämtliche Ruhezeiten und Nutzungszeiten der auf den Friedhöfen vorgenommenen Bestattungen abgelaufen sind.
- (4) Schließung oder Entwidmung werden öffentlich bekannt gemacht.

II. Ordnungsvorschriften

§ 4

Verhalten auf den Friedhöfen

- (1) Jeder Friedhofsbesucher hat sich der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten und die Pietät zu wahren. Kinder unter 10 Jahren dürfen die Friedhöfe nur in Begleitung Erwachsener betreten.
- (2) Nicht gestattet ist innerhalb der Friedhöfe:
 1. die Friedhöfe oder ihre Einrichtungen oder Anlagen zu verunreinigen und zu beschädigen sowie Rasenflächen und Grabstätten unberechtigterweise zu betreten.
 2. Waren aller Art, insbesondere Kränze und Blumen, gewerbliche Dienste anzubieten oder diesbezüglich zu werben,
 3. Druckschriften zu verteilen, ausgenommen Drucksachen, die im Rahmen von Bestattungsfeiern notwendig und üblich sind,
 4. ohne schriftliche Auftrag eines Berechtigten bzw. ohne vorherige Anzeige bei der Gemeinde gewerbsmäßig zu fotografieren,
 5. an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten auszuführen,
 6. das Befahren der Wege mit Fahrzeugen aller Art, soweit nicht eine besondere Erlaubnis hierzu erteilt ist; ausgenommen von diesem Verbot sind Kinderwagen und Rollstühle,
 7. Abraum und Abfälle aller Art außerhalb der hierfür vorgesehenen Behältnisse abzulegen,
 8. Tiere mitzubringen, ausgenommen Blindenhunde.Die Gemeinde kann Ausnahmen zulassen, soweit sie mit dem Zweck der Friedhöfe und der Ordnung auf ihnen vereinbar sind.
- (3) Gedenkfeiern und andere nicht mit einer Bestattung zusammenhängende Veranstaltungen bedürfen der Zustimmung der Gemeinde; sie sind spätestens eine Woche vor Durchführung anzumelden.

- (4) Für die Anzeige nach Abs. 2 Nr. 4 gelten die Bestimmungen des Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetzes (ThürVwVfG) zum Verfahren über die einheitliche Stelle (§§ 71 a bis 71 e ThürVwVfG).

§ 5

Gewerbliche Betätigung auf den Friedhöfen

- (1) Steinmetze, Bildhauer, Gärtner, Bestatter und sonstige Gewerbetreibende haben die gewerbliche Tätigkeit auf den Friedhöfen der Gemeinde vorher anzuzeigen.
- (2) Der Gemeinde ist mit der Anzeige weiterhin nachzuweisen, dass der Gewerbetreibende einen für die Ausführung seiner Tätigkeit ausreichenden Haftpflichtversicherungsschutz besitzt.
- (3) Auf Verlangen des Gewerbetreibenden stellt die Gemeinde eine Berechtigungskarte aus. Die Gewerbetreibenden haben für ihre Mitarbeiter einen Bedienstetenausweis auszufertigen. Der Bedienstetenausweis und eine Kopie der Anzeige ist dem Aufsichtsberechtigten der Gemeinde auf Verlangen vorzuzeigen.
- (4) Die Gewerbetreibenden und ihre Mitarbeiter haben die Friedhofssatzung und die dazu ergangenen Regelungen zu beachten. Die Betriebsinhaber haften für alle Schäden, die sie oder ihre Bediensteten im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf den Friedhöfen schuldhaft verursachen.
- (5) Gewerbliche Arbeiten auf den Friedhöfen dürfen nur werktags ausgeführt werden. Soweit Öffnungszeiten nicht festgelegt sind, dürfen die Arbeiten in den Monaten März bis Oktober nicht vor 06:00 Uhr und in den Monaten November bis Februar nicht vor 07:00 Uhr begonnen werden. Die Gemeinde kann Verlängerungen der Arbeitszeiten zulassen.
- (6) Die für die Arbeit erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf den Friedhöfen nur vorübergehend an den von der Gemeinde genehmigten Stellen gelagert werden. Nach Beendigung der Arbeiten sind die Arbeits- und Lagerplätze wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. Die Gewerbetreibenden dürfen auf den Friedhöfen keinerlei Abfall, Abraum-, Rest- und Verpackungsmaterial ablagern. Gewerbliche Geräte dürfen nicht an oder in den Wasserentnahmestellen der Friedhöfe gereinigt werden.
- (7) Die Gemeinde kann die Tätigkeit der Gewerbetreibenden, die trotz Mahnung gegen die Vorschriften der Friedhofssatzung verstoßen, oder bei denen die Voraussetzungen des Abs. 2 ganz oder teilweise nicht mehr gegeben sind, auf Zeit oder Dauer untersagen. Bei einem schwerwiegenden Verstoß ist die Mahnung entbehrlich.
- (8) Für die Durchführung von Verwaltungsverfahren nach Abs. 1 gelten die Bestimmungen des Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetzes (ThürVwVfG) zum Verfahren über die einheitliche Stelle (§§ 71 a bis 71 e ThürVwVfG).

III. Bestattungsvorschriften

§ 6

Anzeigepflicht und Bestattungszeit

- (1) Jede Bestattung ist unverzüglich nach Feststellung des Todes bei der Gemeinde anzumelden. Die Bestattung von Leichen ist nur zulässig, wenn seit Eintritt des Todes 48 Stunden verstrichen sind, eine Leichenschau durchgeführt worden ist und eine Bescheinigung mit dem Vermerk der Eintragung in das Sterbebuch des zuständigen Standesamtes oder eine Genehmigung der für den Bestattungsort zuständigen Ordnungsbehörde vorgelegt wurde. Die untere Gesundheitsbehörde kann Ausnahmen von der Frist nach Satz 2 zulassen.
- (2) Soll eine Aschenbestattung erfolgen, so ist eine Bescheinigung über die Einäscherung vorzulegen.
- (3) Die Gemeinde setzt Ort und Zeit der Bestattung im Benehmen mit den Angehörigen und gegebenenfalls der zuständigen Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft, der der Verstorbene angehörte, fest. Die Bestattungen erfolgen regelmäßig werktags, außer wenn auf einen Werktag ein Feiertag fällt. In begründeten Fällen sind mit Genehmigung der Gemeinde Ausnahmen zulässig.
- (4) Erdbestattungen und Einäscherungen müssen grundsätzlich innerhalb von zehn Tagen nach Feststellung des Todes erfolgen. Die Asche ist innerhalb von sechs Monaten nach der Einäscherung beizusetzen. Die untere Gesundheitsbehörde kann im Einzelfall die Fristen nach Satz 1 verlängern, sofern gesundheitliche oder hygienische Bedenken nicht entgegenstehen oder sie aus Gründen der Hygiene verkürzen.
- (5) Wird eine Leiche nicht innerhalb von zehn Tagen nach Feststellung des Todes bestattet und Asche nicht innerhalb von sechs Monaten beigesetzt, so erfolgt die Bestattung in einem Reihengrab oder die Beisetzung in einem Urnenfeld von Amts wegen auf Kosten des Bestattungspflichtigen.
- (6) Bei der Erdbestattung sind Särge zu verwenden. Hiervon können im Einzelfall aus wichtigen Gründen, insbesondere aus nachgewiesenen ethischen oder religiösen Gründen, Ausnahmen durch die Ordnungsbehörde im Einvernehmen mit der unteren Gesundheitsbehörde zugelassen werden, sofern öffentliche Belange nicht entgegenstehen.

§ 7

Särge

- (1) Die Särge müssen festgefügt und so abgedichtet sein, dass jedes Durchsickern von Feuchtigkeit ausgeschlossen ist. Särge, Sargausstattungen und Sargabdichtungen dürfen nicht aus Kunststoffen oder sonstigen nicht verrottbaren Werkstoffen hergestellt sein.
- (2) Die Särge dürfen höchstens 2,05 m lang, 0,68 m hoch und im Mittelmaß 0,68 m breit sein. Sind in Ausnahmefällen größere Särge erforderlich, ist die Zustimmung der Gemeinde bei der Anmeldung der Bestattung einzuholen.

- (3) Säрге von Leibesfrüchten, Fehlgeborenen und Kindern, die bis zum vollendeten 10. Lebensjahr verstorben sind, dürfen höchstens 1,35 m in genehmigten Ausnahmefällen bis maximal 1,70 m lang, 0,50 m hoch und im Mittelmaß 0,50 m breit sein.

§ 8

Ausheben der Gräber

- (1) Die Gräber auf den Friedhöfen werden vom Bauhof der Gemeinde Uder ausgehoben und wieder verfüllt.
- (2) Die Tiefe der einzelnen Gräber beträgt von der Erdoberfläche (ohne Hügel) bis zur Oberkante des Sarges mindestens 0,90 m, bis zur Oberkante der Urne mindestens 0,50 m.
- (3) Die Gräber für Erdbestattungen müssen voneinander durch mindestens 0,40 m starke Erdwände getrennt sein.
- (4) Werden bei der Wiederbelegung einer Grabstätte beim Ausheben Leichenteile, Sargteile oder sonstige Überreste gefunden, so sind diese sofort mindestens 0,30 m unter die Sohle des neuen Grabes zu verlegen.

§ 9

Ruhezeit

- (1) Die Ruhezeit bezeichnet die befristete Zeitspanne, in der eine Grabstätte nach einer Beisetzung nicht neu belegt werden darf. Für Leichen und Urnen beträgt die Ruhezeit einheitlich 25 Jahre, für Leichen in Doppelgrabstätten 30 Jahre. Auf Antrag kann die Ruhezeit für Urnen auf 15 Jahre (gesetzliche Ruhezeit) vermindert werden. Die Ruhezeit beginnt am Tag der Bestattung.
- (2) Mit dem Erwerb des Grabnutzungsrechts erwirbt der Nutzungsberechtigte das Recht auf Nutzung einer Grabstätte während des Zeitraums der Ruhezeit. Die Nutzungszeit entspricht daher dem Zeitraum zwischen dem Tag der Bestattung und dem Ablauf der Ruhezeit/Nutzungsrecht (Doppelgrabstätten).

§ 10

Umbettungen

- (1) Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.
- (2) Umbettungen von Leichen und Urnen bedürfen, unbeschadet der sonstigen gesetzlichen Vorschriften, der vorherigen Zustimmung der unteren Gesundheitsbehörde sowie der Gemeinde. Die Zustimmung kann nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes erteilt werden. Umbettungen aus einer Erd-/Urnenreihengrabstätte in eine andere Erd-/Urnenreihengrabstätte innerhalb der Friedhöfe sind nicht zulässig.
- (3) Nach Ablauf der Ruhezeit noch vorhandene Leichen- und Aschereste können nur mit vorheriger Zustimmung der Gemeinde in belegte Grabstätten umgebettet werden.

- (4) Alle Umbettungen erfolgen nur auf Antrag. Antragsberechtigt ist bei Umbettungen aus einer Erd-/Urnenreihengrabstätte der verfügungsberechtigte Angehörige des Verstorbenen. Umbettungen werden durch die Gemeinde Uder (Bauhof) durchgeführt. Die Gemeinde kann sich dabei auch eines gewerblichen Unternehmens bedienen.
- (5) Die Kosten der Umbettung und den Ersatz von Schäden, die an benachbarten Grabstätten und Anlagen durch eine Umbettung entstehen, hat der Antragsteller gemäß Rechnungslegung zu tragen.
- (6) Der Ablauf der Ruhe-/Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.
- (7) Eine Ausgrabung von Leichen oder Urnen zu anderen Zwecken als zur Umbettung, darf nur auf Grund behördlicher oder richterlicher Anordnung erfolgen.

IV. Grabstätten

§ 11

Arten der Grabstätten

- (1) Die Grabstätten bleiben Eigentum der Gemeinde Uder. An ihnen können Rechte nur nach dieser Satzung erworben werden.
- (2) Für die Bestattung der Verstorbenen auf dem Friedhof Uder werden folgende Grabstätten bereitgestellt:
 - a) Erdbestattung (Einzel- und Doppelgrabstätten)
 - aa) Erdreihengrabstätten
 - Einzelgrab für Verstorbene bis 10 Jahre
 - Einzelgrab für Verstorbene über 10 Jahre
 - Doppelgrab
 - bb) pflegearme Rasenreihengrabstätte
 - Einzelgrab
 - Doppelgrab
 - b) Urnenreihengrabstätten (Einzelgrabstätten)
 - aa) Einzelurnengrab
 - bb) pflegearmes Urnengrab
 - cc) anonymes Urnengrab
- (3) Für die Bestattung der Verstorbenen auf dem Friedhof Schönau werden folgende Grabstätten bereitgestellt:
 - a) Erdreihengrabstätten
 - Einzelgrab für Verstorbene bis 10 Jahre
 - Einzelgrab für Verstorbene über 10 Jahre
 - Doppelgrab
 - b) Urnenreihengrabstätten
 - Einzelurnengrab

- (4) Ein Anspruch auf den Erwerb eines Nutzungsrechtes an einer der Lage nach bestimmten Grabstätte besteht nicht. Ebenfalls besteht kein Anrecht darauf, dass die Umgebung der Grabstätten unverändert bleibt oder in einer bestimmten Art und Weise gestaltet wird.
- (5) In jeder Erdreihengrabstätte darf nur eine Leiche bestattet werden. Es ist jedoch zulässig, in einer Erdreihengrabstätte die Leiche eines Kindes unter einem Jahr oder ein Fehlgeborenes und eines Familienangehörigen oder die Leichen von gleichzeitig verstorbenen Geschwistern unter 5 Jahren in einem Sarg zu bestatten.
- (6) In Erdreihengrabstätten und Urnenreihengrabstätten ist eine zusätzliche Beisetzung von je einer Urne zulässig, wenn die gesetzliche Ruhezeit (15 Jahre) die verbleibende Nutzungszeit nicht übersteigt.
- (7) In Doppelgrabstätten ist eine zusätzliche Beisetzung bis zu zwei Urnen zulässig, wenn die gesetzliche Ruhezeit (15 Jahre) die verbleibende Nutzungszeit nicht übersteigt.

§ 12

Erdreihengrabstätten

- (1) Erdreihengrabstätten sind Grabstätten für Erdbestattungen, die der Reihe nach belegt und im Todesfall für die Dauer der Nutzungszeit dem Nutzungsberechtigten zugewiesen werden. Die Grabstätte ist gemäß den Gestaltungsvorschriften §§ 15, 16 der Satzung herzurichten. Ein Anspruch auf Wiedererwerb besteht nicht.
- (2) In bisher einseitig belegten Doppelgräbern ist die Belegung der zweiten Seite zulässig, wenn eine Verlängerung des Nutzungsrechtes mindestens für die Zeit bis zum Ablauf der Ruhezeit erworben wird.
- (3) Die Nutzungszeit für eine Doppelgrabstätte kann in der Regel einmal (in Abstufungen von 10, 15, 20 oder 25 Jahren) verlängert werden. Die Nutzungszeit darf hierbei nicht unterbrochen werden.
- (4) Das pflegearme Rasengrab ist ein Einzel- bzw. Doppelgrab ohne jegliche Bepflanzung. Das Abstellen von Grabbeigaben, wie Kerzen, Blumenvasen oder Blumengestecken, ist nur auf der Grabplatte zulässig. Überhängende Blumengestecke, eingelassene Kerzen oder Blumenvasen neben der Grabplatte sind nicht zulässig und werden vom Bauhof der Gemeinde Uder kostenpflichtig beraumt. Die Grabstätte ist gemäß den Gestaltungsvorschriften §§ 15, 16 der Satzung herzurichten.
- (5) Das Abräumen von Reihengrabfeldern oder Teilen von ihnen nach Ablauf der Ruhezeiten wird 3 Monate vorher öffentlich und durch ein Hinweisschild auf dem betreffenden Grabfeld bekannt gemacht.
- (6) Auf den Ablauf des Nutzungsrechtes wird der jeweilige Nutzungsberechtigte 3 Monate vorher schriftlich, falls er nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln ist, durch eine öffentliche Bekanntmachung und durch einen Hinweis für die Dauer von 3 Monaten an der Grabstätte hingewiesen.

- (7) Schon bei der Verleihung des Nutzungsrechtes soll der Erwerber für den Fall seines Ablebens aus dem in Satz 2 genannten Personenkreis seinen Nachfolger im Nutzungsrecht bestimmen und ihm das Nutzungsrecht durch schriftlichen Vertrag übertragen. Wird bis zu seinem Ableben keine derartige Regelung getroffen, geht das Nutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge auf die Angehörigen des verstorbenen Nutzungsberechtigten mit deren Zustimmung über:
- a) auf den überlebenden Ehegatten,
 - b) auf den Partner einer eingetragenen Lebenspartnerschaft,
 - c) auf den Partner einer auf Dauer angelegten nichtehelichen Lebensgemeinschaft,
 - d) auf die Kinder,
 - e) auf die Stiefkinder,
 - f) auf die Enkel in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer Väter oder Mütter,
 - g) auf die Eltern,
 - h) auf die vollbürtigen Geschwister,
 - i) auf die Stiefgeschwister,
 - j) auf die nicht unter a) - i) fallenden Erben.
- Innerhalb der einzelnen Gruppen wird jeweils der Älteste Nutzungsberechtigter. Das Nutzungsrecht erlischt, wenn keiner der Angehörigen das Nutzungsrecht übernimmt.
- (8) Der jeweilige Nutzungsberechtigte kann das Nutzungsrecht nur auf eine Person aus dem Kreis der in Abs. 7 Satz 2 genannten Personen übertragen. Das bedarf hierzu der vorherigen Zustimmung der Gemeindeverwaltung.
- (9) Jeder Rechtsnachfolger hat das Nutzungsrecht unverzüglich nach Erwerb auf sich umschreiben zu lassen. Der Nachweis über die Rechtsnachfolge ist beizufügen.
- (10) Der jeweilige Nutzungsberechtigte hat im Rahmen der Friedhofsatzung und der dazu ergangenen Regelungen das Recht, in der Reihengrabstätte beigesetzt zu werden, bei Eintritt eines Bestattungsfalles über andere Bestattungen und über die Art der Gestaltung und der Pflege der Grabstätte zu entscheiden.
- (11) Das Ausmauern von Reihengrabstätten ist nicht zulässig.

§ 13

Urnenreihengrabstätten

- (1) Urnen dürfen beigesetzt werden im
 - a) Einzelurnengrab
 - b) pflegearmen Urnengrab
 - c) anonymen Urnengrab
- (2) Urnenreihengrabstätten sind für die Urnenbeisetzung bestimmte Grabstätten, die der Reihe nach belegt und im Todesfall zur Beisetzung einer Urne zugewiesen werden. Nutzungsrechte werden nur anlässlich eines Sterbefalles verliehen.
- (3) Das pflegearme Urnengrab ist ein Einzelgrab ohne jegliche Bepflanzung. § 12 Abs. 4 Satz 2, 3, 4 dieser Friedhofssatzung gilt entsprechend.

- (4) Das anonyme Urnengrab ist ein Einzelgrab ohne jegliche Einfassung, Beschriftung und Bepflanzung.
- (5) Die Vorschriften des § 12 Abs. 5 bis 11 dieser Satzung sind auf die Urnenreihengrabstätten entsprechend anzuwenden.

V. Gestaltung der Grabstätten

§ 14

Allgemeine Gestaltungsvorschriften

Jede Grabstätte ist so zu gestalten und so an die Umgebung anzupassen, dass der Friedhofszweck und der Zweck dieser Satzung sowie die Würde der Friedhöfe in ihren einzelnen Teilen und in ihrer Gesamtlage gewahrt werden.

§ 15

Gestaltung Grabeinfassung

- (1) Jede Grabstätte ist durch eine zum Grabmal passende Grabeinfassung mit folgenden Maßen (Außenkante) abzugrenzen:

a) Erdbestattung (Einzel- und Doppelgrabstätten)

aa) Erdreihengrabstätten

- | | |
|--|-----------------|
| - Einzelgrab für Verstorbene bis 10 Jahre | 0,70 m x 1,30 m |
| - Einzelgrab für Verstorbene über 10 Jahre | 0,90 m x 1,90 m |
| - Doppelgrab | 2,10 m x 1,90 m |

bb) pflegearme Rasenreihengrabstätte

- | | |
|--------------|-------|
| - Einzelgrab | keine |
| - Doppelgrab | keine |

b) Urnenreihengrabstätten (Einzelgrabstätten)

- | | |
|---------------------------|-----------------|
| aa) Einzelurnengrab | 0,90 m x 1,00 m |
| bb) pflegearmes Urnengrab | keine |
| cc) anonymes Urnengrab | keine |

- (2) Die provisorischen Holzeinfassungen sind mit gleichen Maßen zu setzen.

§ 16

Gestaltung Grabmale und bauliche Anlagen

- (1) Auf jeder Grabstelle darf nur ein Grabmal aufgestellt werden. Es ist jedoch möglich, nach einer zusätzlichen Urnenbeisetzung in einer vorhandenen Erdreihengrabstätte (Einzel- und Doppelgrab) eine Schriftplatte zu setzen. Die Schriftplatte kann als Kissenstein (bis zu 45 Grad geneigt sein) mit oder ohne Stützkeil und Grundplatte ausgebildet werden. Folgende Abmessungen sind zulässig:

Schriftplatte

	Breite	Höhe	Mindeststärke
a	≤ 35 cm	≤ 25 cm	≥ 6 cm
b	≤ 40 cm	≤ 30 cm	≥ 10 cm

Die Schriftplatte ist in Größe, Form und Gesteinsart dem vorhandenen Grabmal harmonisch anzupassen und entsprechend der Gestaltungsvorschriften herzurichten.

(2) Die Mindeststärke für Grabmale beträgt 14 cm.

(3) Die maximale Höhe für Grabmale beträgt:

a) Erdbestattung (Einzel- und Doppelgrabstätten)

Erdreihengrabstätten (Grabmal)

- Einzelgrab für Verstorbene bis 10 Jahre 0,65 m

- Einzelgrab für Verstorbene über 10 Jahre
stehend (Höhe) ≤ 1,30 m

liegend ≤ 0,90 m

(bis zum Neigungswinkel von 45°)

- Doppelgrab
stehend (Höhe) ≤ 1,30 m

liegend ≤ 0,90 m

(bis zum Neigungswinkel von 45°)

b) Urnenreihengrabstätten (Einzelgrabstätten)

Einzelurnengrab (Grabmal)

stehend (Höhe) ≤ 70 cm

liegend 30 cm x 40 cm

(bis zum Neigungswinkel von 45°) 40 cm x 50 cm

50 cm x 60 cm

Die Angaben zur Höhe schließen die Grabeinfassung und den Sockel ein.

(4) Die pflegearmen Reihengrabstätten können mit einer liegenden Schriftplatte, die mit dem Erdreich bündig abzuschließen hat, gestaltet werden. Folgende Maße sind zulässig:

a) Pflegearme Rasenreihengrabstätte

- Einzelgrab 40 cm x 50 cm

- Doppelgrab 50 cm x 60 cm

b) pflegearmes Urnengrab

- bei zusätzlicher Belegung mit Urne 30 cm x 40 cm

40 cm x 50 cm

c) anonymes Urnengrab

keine

(5) Die Gemeinde kann weitergehende Anforderungen verlangen, wenn dies aus Gründen der Standsicherheit erforderlich ist.

§ 17 *Zustimmung*

- (1) Die Errichtung und jede Veränderung von Grabmalen bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Gemeinde.
- (2) Die Zustimmung ist unter Vorlage von Zeichnungen unter Angabe des Maßstabes in doppelter Ausfertigung zu beantragen. Aus dem Antrag und den Zeichnungen müssen Art und Bearbeitung des Werkstoffs sowie Inhalt, Form und Anordnung der Inschrift ersichtlich sein. Auf Verlangen sind in besonderen Fällen Zeichnungen in größerem Maßstab oder Modelle vorzulegen.
- (3) Die Errichtung und jede Veränderung aller sonstigen baulichen Anlagen bedürfen ebenfalls der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Gemeinde. Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend.
- (4) Die Zustimmung erlischt, wenn das Grabmal oder die sonstige bauliche Anlage nicht binnen eines Jahres nach der Genehmigung errichtet worden ist.
- (5) Die nichtzustimmungspflichtigen provisorischen Grabmale sind nur als naturalisierte Holztafeln oder Holzkreuze zulässig und dürfen nicht länger als 2 Jahre nach der Beisetzung verwendet werden. Gleiches gilt für die provisorischen Grabeinfassungen entsprechend.
- (6) Die Zustimmung kann versagt werden, wenn die Anlage nicht den Vorschriften dieser Friedhofssatzung entspricht.

§ 18 *Ersatzvornahme*

Ohne Zustimmung errichtete oder mit den vorgelegten Zeichnungen und Angaben nicht übereinstimmende Anlagen müssen entfernt oder den Zeichnungen und Angaben entsprechend verändert werden, sofern eine Genehmigung nachträglich nicht erteilt wird. Die Gemeinde kann den für ein Grab Sorgepflichtigen oder Nutzungsberechtigten schriftlich auffordern, innerhalb angemessener Frist die Anlage zu entfernen oder zu verändern. Wird der Aufforderung nicht rechtzeitig Folge geleistet, so kann die Gemeinde auf Kosten der Berechtigten die Anlage entfernen lassen. Falls die Anlage nicht innerhalb von 2 Monaten abgeholt wird, kann die Gemeinde mit ihr entsprechend den Vorschriften der §§ 383 ff BGB verfahren. Hierauf ist in der Aufforderung hinzuweisen.

§ 19 *Fundamentierung und Befestigung*

- (1) Die Grabmale sind, ihrer Größe entsprechend, nach den allgemein anerkannten Regeln des Handwerks so zu fundamentieren und zu befestigen, dass sie dauernd standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken können. Dies gilt für sonstige Anlagen entsprechend.
- (2) Die Steinstärke muss die Standfestigkeit der Grabmale gewährleisten. Die Mindeststärke der Grabmale bestimmt sich nach dem § 16 Abs. 2.

- (3) Die Standfestigkeit der Grabmale wird mindestens einmal jährlich von der Gemeinde überprüft.

§ 20 *Unterhaltung*

- (1) Die Grabmale und die sonstigen baulichen Anlagen sind von den Nutzungsberechtigten dauernd in würdigem und verkehrssicherem Zustand zu halten.
- (2) Erscheint die Standsicherheit von Grabmalen, sonstigen baulichen Anlagen oder Teilen davon gefährdet, sind die für die Unterhaltung Verantwortlichen verpflichtet, unverzüglich Abhilfe zu schaffen. Bei Gefahr im Verzuge kann die Gemeinde auf Kosten des Verantwortlichen Sicherungsmaßnahmen (z. B. Umlegen von Grabmalen) treffen. Wird der ordnungswidrige Zustand trotz schriftlicher Aufforderung der Gemeinde nicht innerhalb einer festzusetzenden angemessenen Frist beseitigt, ist die Gemeinde berechtigt, das Grabmal oder Teile davon auf Kosten des Verantwortlichen zu entfernen. Die Gemeinde ist verpflichtet, diese Gegenstände 3 Monate aufzubewahren.

Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder ohne besonderen Aufwand nicht zu ermitteln, genügen als Aufforderung eine öffentliche Bekanntmachung und ein Hinweisschild auf der Grabstätte, das für die Dauer von einem Monat angebracht wird.

- (3) Die Verantwortlichen sind für jeden Schaden haftbar, der durch das Umstürzen von Grabmalen oder Grabmalteilen verursacht wird.
- (4) Künstlerisch oder historisch wertvolle Grabmale und bauliche Anlagen oder solche, die als besondere Eigenart eines Friedhofs erhalten bleiben sollen, werden in einem Verzeichnis geführt. Die Gemeinde kann die Zustimmung zur Änderung derartiger Grabmale und baulichen Anlagen versagen. Insoweit ist die zuständige Denkmalbehörde nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen zu beteiligen.

§ 21 *Entfernung*

- (1) Vor Ablauf der Ruhezeit oder der Nutzungszeit dürfen Grabmale nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Gemeinde entfernt werden.
- (2) Nach Ablauf der Ruhezeit/Nutzungszeit bei Reihengrabstätten/Urnenreihengrabstätten sind die Grabmale und sonstigen baulichen Anlagen zu entfernen. Auf den Ablauf der Ruhezeit/Nutzungszeit wird durch öffentliche Bekanntmachung hingewiesen. Geschieht die Entfernung nicht binnen drei Monaten nach öffentlicher Bekanntmachung, so ist die Gemeinde berechtigt, die Grabstätte abräumen zu lassen. Die Gemeinde ist nicht verpflichtet, das Grabmal oder sonstige bauliche Anlagen zu verwahren. Grabmale oder sonstige bauliche Anlagen gehen entschädigungslos in das Eigentum der Gemeinde über, wenn dies bei Erwerb des Nutzungsrechts oder bei Zustimmung für die Errichtung des Grabmals oder sonstiger baulicher Anlagen schriftlich vereinbart wurde.

- (3) Die Gemeinde ist berechtigt, ohne ihre Zustimmung aufgestellte Grabmale einen Monat nach Benachrichtigung des Nutzungsberechtigten, auf dessen Kosten entfernen zu lassen. Die Gemeinde bedient sich dabei eines Dritten. Sofern Grabstätten von der Gemeinde abgeräumt werden, hat der jeweilige Nutzungsberechtigte die Kosten zu tragen.

VI. Herrichtung und Pflege der Grabstätten

§ 22

Herrichtung und Unterhaltung

- (1) Alle Grabstätten müssen in einer der Würde der Friedhöfe entsprechenden Weise gärtnerisch hergerichtet und dauernd gepflegt werden. Verantwortlich hierfür ist der jeweilige Nutzungsberechtigte/Verfügungsberechtigte. Die Verpflichtung erlischt mit dem Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechtes. Abs. 6 bleibt unberührt.
- (2) Die Grabstätten sind so zu gestalten, dass sie sich in das Gesamtbild der Friedhöfe ohne Störungen einfügen und den besonderen Charakter ihrer Umgebung und der Friedhofsteile wahren.
- (3) Die Gräber dürfen nur mit Pflanzen bepflanzt werden, die andere Gräber und die öffentlichen Anlagen und Wege nicht beeinträchtigen. Pflanzen, die 1,50 m Höhe überschreiten, sind von dem Verantwortlichen zurückzuschneiden oder zu entfernen.
- (4) Verwelkte Blumen und Kränze sind unverzüglich zu entfernen und an den dafür vorgesehenen Plätzen zu entsorgen.
- (5) Grabstätten müssen innerhalb von drei Monaten nach der Bestattung bzw. Beisetzung hergerichtet werden.
- (6) Die Herrichtung, Unterhaltung und Veränderung der gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegen ausschließlich der Gemeinde.
- (7) Kunststoffe und sonstige nicht verrottbare Werkstoffe von Produkten der Trauerfloristik, insbesondere von Kränzen, Trauergebinden und Trauergestecken, müssen in den dafür vorgesehenen Behältnissen entsorgt werden.
- (8) Unzulässig ist das Aufstellen unwürdiger Gefäße (z. B. Konservendosen usw.).

§ 23

Vernachlässigung der Grabpflege

Wird eine Grabstätte nicht ordnungsgemäß hergerichtet oder gepflegt, hat ordnungswidrigen Grabschmuck oder ist die Sicherheit beeinträchtigt, hat der nach § 22 Abs. 1 Verantwortliche nach schriftlicher Aufforderung der Gemeinde die Grabstätte innerhalb einer angemessenen Frist in Ordnung zu bringen. Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, wird durch eine öffentliche Bekanntmachung auf die Verpflichtung zur Herrichtung und Pflege hingewiesen. Außerdem wird der unbekannte Verantwortliche durch ein Hinweisschild auf der Grabstätte aufgefordert, sich mit der Gemeinde in Verbindung zu setzen.

Bleiben die Aufforderung oder der Hinweis drei Monate unbeachtet, kann die Gemeinde

- a) die Grabstätte abräumen, einebnen und einsäen und
- b) Grabmale und sonstige bauliche Anlagen beseitigen lassen.

VII. Leichenhallen und Trauerfeiern

§ 24

Überführung der Leiche

- (1) Die Überführung der eingesargten Leiche hat durch die Bestattungsfirma zu erfolgen.
- (2) Zur Vermeidung von Verwechslungen haben die Bestattungsfirmen am Fußende des Sarges die von der Gemeinde vorgeschriebene Sargkarte mit den Personalien und der letzten Wohnung des Verstorbenen fest anzubringen.
- (3) Für Wertgegenstände, die den Verstorbenen belassen werden, ist die Haftung der Gemeinde ausgeschlossen.

§ 25

Benutzung der Leichenhalle

- (1) Die Leichenhalle dient der Aufnahme der Leiche bis zur Bestattung. Sie darf nur mit Erlaubnis der Gemeinde betreten werden.
- (2) Sofern keine gesundheitsaufsichtlichen oder sonstigen Bedenken bestehen, können die Angehörigen die Verstorbenen während abzustimmender Zeiten sehen. Dazu ist die Aufbahrung in der Friedhofshalle zulässig. Die Särge sind spätestens eine Stunde vor Beginn der Trauerfeier oder Beisetzung endgültig zu schließen.
- (3) Die Särge der an meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten Verstorbenen sollen in einem besonderen Raum der Leichenhalle aufgestellt werden. Der Zutritt zu diesen Räumen und die Besichtigung der Leichen bedürfen zusätzlich der vorherigen Zustimmung des Amtsarztes.
- (4) Die Reinigung der Leichenhalle obliegt der Gemeinde.
- (5) Die Verschlussicherheit der Leichenhalle während der Zeit der Aufbewahrung und bis zur Abgabe der Schlüssel obliegt dem Verpflichteten.

§ 26

Trauerfeier

- (1) Die Trauerfeiern können in dem dafür bestimmten Raum (Trauerhalle), am Grab oder an einer anderen im Freien vorgesehenen Stelle abgehalten werden.
- (2) Die Benutzung der Trauerhalle kann zur Aufbahrung untersagt werden, wenn der Verstorbene an einer meldepflichtigen übertragbaren Krankheit gelitten hat oder Bedenken wegen des Zustandes der Leiche bestehen.

- (3) Jede Musik- und Gesangsdarbietung auf den Friedhöfen bedarf der vorherigen Zustimmung durch die Gemeinde.

VIII. Schlussvorschriften

§ 27

Alte Rechte

- (1) Bei Grabstätten, über welche die Gemeinde bei Inkrafttreten dieser Satzung bereits verfügt hat, richten sich die Nutzungszeit und die Gestaltung nach den bisherigen Vorschriften.
- (2) Die Gestaltungsvorschriften richten sich nach der bei Antragstellung gültigen Satzung.

§ 28

Haftung

Die Gemeinde haftet nicht für Schäden, die durch nicht satzungsgemäße Benutzung der Friedhöfe, ihrer Anlagen oder Einrichtungen, durch dritte Personen oder durch Tiere entstehen. Ihr obliegen keine besonderen Obhuts- und Überwachungspflichten. Im Übrigen haftet die Gemeinde nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Vorschriften über Amtshaftung bleiben unberührt.

§ 29

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
- a) sich auf den Friedhöfen nicht der Würde des Ortes entsprechend verhält (§ 4 Abs. 1);
 - b) sich entgegen der Bestimmung des § 4 Abs. 2
 1. die Friedhöfe oder ihre Einrichtungen oder Anlagen verunreinigt oder beschädigt oder Rasenflächen oder Grabstätten unberechtigterweise betritt,
 2. Waren aller Art insbesondere Kränze und Blumen oder gewerbliche Dienste anbietet oder diesbezüglich wirbt,
 3. Druckschriften verteilt, ausgenommen Drucksachen, die im Rahmen von Bestattungsfeiern notwendig und üblich sind,
 4. ohne schriftlichen Auftrag eines Berechtigten gewerbsmäßig fotografiert,
 5. an Sonn- und Feiertagen oder in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten ausführt,
 6. Friedhofswege mit Fahrzeugen ohne Erlaubnis befährt,
 7. Abraum oder Abfälle aller Art ablegt,
 8. Tiere mitbringt, ausgenommen Blindenhunde,

9. entgegen § 4 Abs. 3 Gedenkfeiern ohne Zustimmung der Gemeinde durchführt,
- d) eine gewerbliche Tätigkeit auf den Friedhöfen ohne vorherige Anzeige bei der Gemeinde ausübt (§ 5 Abs. 1);
 - e) gewerbliche Arbeiten außerhalb der zugelassenen Zeiten ausführt (§ 5 Abs. 5);
 - f) als Bestattungspflichtiger nicht für die Bestattung sorgt (§ 6);
 - g) Umbettungen oder Ausbettungen ohne vorherige Zustimmung vornimmt (§ 10 Abs. 2);
 - h) auf einer Grabstelle mehr Grabmale errichtet, als zugelassen (§ 16 Abs. 1);
 - i) die Bestimmungen über zulässige Maße der Grabeinfassungen nicht einhält (§ 15 Abs. 1);
 - j) die Bestimmungen über zulässige Maße für Grabmale nicht einhält (§ 16 Abs. 1 bis Abs. 3);
 - k) Grabmale ohne Zustimmung errichtet oder verändert (§ 17 Abs. 1);
 - l) bauliche Anlagen ohne Zustimmung errichtet oder verändert (§ 17 Abs. 3);
 - m) provisorische Grabmale in anderer Form und Material als zugelassen errichtet sowie provisorische Grabmale und Grabeinfassungen nicht innerhalb von zwei Jahren ersetzt (§ 17 Abs. 5);
 - n) Grabmale oder sonstige bauliche Anlagen nicht in verkehrssicherem Zustand hält (§§ 19 Abs. 1 und 2, 20 Abs. 1, 23);
 - o) Grabmale ohne Zustimmung der Gemeindeverwaltung entfernt (§ 21 Abs. 1);
 - p) Grabstätten so gestaltet, dass sie das Gesamtbild der Friedhöfe stören (§ 22 Abs. 2);
 - q) wer als Verantwortlicher Pflanzen, die andere Gräber und öffentliche Anlagen und Wege beeinträchtigen, nicht zurückschneidet oder entfernt (§ 22 Abs. 3);
 - r) Grabstätten nicht oder entgegen § 22 Abs. 1 bis 3 bepflanzt;
 - s) Grabstätten innerhalb von drei Monaten nach der Bestattung nicht herrichtet (§ 22 Abs. 5);
 - t) Grabstätten vernachlässigt (§ 23);
 - u) die Leichenhalle entgegen § 25 Abs. 1 betritt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 5.000 EUR geahndet werden. Das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OwiG) vom 19. Februar 1987 (BGBl. I Seite 602) in der jeweils gültigen Fassung findet Anwendung.

§ 30
Gebühren

Für die Benutzung der von der Gemeinde verwalteten Friedhöfe und ihrer Einrichtungen sind die Gebühren nach der jeweils geltenden Friedhofsgebührensatzung der Gemeinde Uder zu entrichten.

§ 31
Gleichstellungsklausel

Alle Status- und Funktionsbezeichnungen in dieser Satzung gelten sowohl in männlicher als auch in weiblicher Form.

§ 32
Inkrafttreten/Außerkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Friedhofssatzung vom 4. März 2013 außer Kraft.

Uder, 10. Dezember 2018



Martin
Bürgermeister



Bekanntmachungsvermerk:

1. Die Friedhofssatzung der Gemeinde Uder wurde im Amtsblatt der Verwaltungsgemeinschaft Uder Nr. 11/2018 vom 21. Dezember 2018 öffentlich bekannt gemacht.
2. Die Friedhofssatzung tritt am 22. Dezember 2018 in Kraft.